

CDU kritisiert höhere Abfallgebühr

„Ungerecht und unlogisch“



Martin Michalik, abfallpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerfraktion.

FOTO: KUHAUPT

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Für die Müllabfuhr müssen die Haushalte voraussichtlich ab Januar 2022 mehr bezahlen. Das hatte der Verwaltungsrat der Bremer Stadtreinigung (DBS) im Juli mit einer neuen Gebührenstaffel beschlossen. Es bedarf aber noch der Zustimmung von Senat und Bürgerschaft. Eine entsprechende Vorlage für die Sitzung der städtischen Deputation für Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierökologie sorgte am Mittwoch für scharfe Kritik der CDU-Fraktion. Mit Stimmen der SPD, Linken und Grünen ist der Entwurf aber beschlossen worden und wird an die Bürgerschaft weitergeleitet. Die FDP enthielt sich, die CDU stimmte dagegen.

„Das ist ein Schlag ins Kontor. Diejenigen, die ihre Restmüll-Tonnen seltener zur Abholung an die Straße stellen, weil sie erfolgreich Abfall vermeiden, will Umweltsenatorin Maïke Schaefer jetzt richtig zur Kasse bitten“, sagt Martin Michalik, abfallpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Die rot-grün-rote Regierungskoalition breche nicht nur ihr Wahlversprechen von stabilen Abfallgebühren, sondern verteile die zusätzlich entstandenen Kosten auch noch ungerecht.

Laut Michalik würden Menschen in Großwohnanlagen, die naturgemäß keinen eigenen Grünschnitt haben, bei der Grundgebühr ebenfalls draufzahlen, um die Neuorganisation der Recycling-Stationen zu bezahlen. „Das ist doppelt ungerecht und unlogisch. Es zeigt nur, dass die Umweltsenatorin mit ihrer Rekommunalisierung der Abfallentsorgung krachend gescheitert ist“, so Michalik. Laut dem CDU-Politiker gebe es Fragen zur Art und Weise der Erhebung. Denn Abfallbehälter seien nicht durchweg gekennzeichnet. Welche Tonne von welchem Gebührenpflichtigen an der Straße stehe, sei also zum Teil geschätzt worden. „Wir verlangen die sofortige Offenlegung aller Zahlen“, so Michalik.

Kein Ermessensspielraum

Staatsrat Ronny Meyer (Grüne) erklärte, dass es bei der Kalkulation der Gebühren Grundprinzipien wie das Kostendeckungsgebot gebe. Zudem könne man mittlerweile die Kosten den individuellen Haushalten genauer zuordnen. Der politische Ermessensspielraum dabei sei gleich Null, so Meyer. Arno Gottschalk (SPD) verwies darauf, dass die geforderten Zahlen und Berechnungen ausführlich im Verwaltungsrat erklärt worden seien, in dem Michalik Mitglied sei.

Das Umweltressort hatte in der Deputationsvorlage bekannt gegeben, dass die Gebühren erhöht werden sollen, weil ab 2022 die Erlöse aus den Abfallgebühren die Kosten nicht mehr decken. Die Kosten der Gebührenkalkulation 2022/23 werden laut Ressort auch von einem starken Anstieg der Löhne in der Abfallwirtschaft beeinflusst.



Weiter im Fokus: die Grabungsstätte auf dem früheren „Russenfriedhof“ an der Reitbrake in Oslebshausen.

FOTO: FRANK THOMAS KOCH

Kein Schutz für die Reitbrake

Bürgermeister will stattdessen zentrale Gedenkstätte auf dem Friedhof Osterholz

VON FRANK HETHEY

Bremen. Die Einrichtung einer Gedenkstätte in Oslebshausen ist so gut wie vom Tisch: Wie aus sicherer Quelle verlautet, hat Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) sich jetzt dagegen entschieden, das Areal des sogenannten Russenfriedhofs an der Reitbrake unter Schutz zu stellen. Stattdessen soll auf dem Friedhof Osterholz als der zentralen Gedenkstätte für alle Kriegssopfer ein Gedenk- und Erinnerungsort geschaffen werden. Die Begründung: Aufgrund der bisherigen Grabungsergebnisse sei der Fund kompletter Leichen mit ziemlicher Sicherheit auszuschließen. Seinen Entschluss will Bovenschulte am Sonnabend bei der zentralen Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag im Rathaus verkünden.

Bei den Grabungen unter der Leitung von Landesarchäologin Uta Halle sind bislang vereinzelte Knochenreste und ein Schädel geborgen worden. Zudem sind 22 Erkennungsmarken aufgetaucht, mit denen 16 Sowjetsoldaten namentlich identifiziert werden konnten. Von ihnen stammen 15 aus Russland und zwei aus der Ukraine. Die Experten gehen davon aus, dass die menschlichen Überreste wie auch die Erkennungsmarken bei der Umbettung der Leichen im Herbst 1948 zurückgelassen sind. Demnach würde es sich bei der Grabungsstätte um einen aufgelösten Friedhof handeln - allerdings um einen schlammig aufgelösten Friedhof, wie zu hören ist. Die gefundenen Überreste sollen in Osterholz beigesetzt werden.

Inzwischen ist auf dem Grabungsgelände die Hälfte der alten Baustraße entfernt, es lassen sich Spuren von Fuhrwerken und Hufen erkennen. Am 15. November ist witterungsbedingt der Aufbau eines Zelts geplant, dann soll bei jedem einzelnen Grab noch einmal in die Tiefe gegangen werden. Maximal ein Drittel des Grabungsgeländes muss noch untersucht werden, bisher sind dort nur Suchschnitte vorgenommen worden. In der Mitte ist kaum mit Leichenfunden zu rechnen - darauf deutet eine Luftaufnahme vom März 1945 hin. Mehrere Stichproben wurden am Bahndamm vorgenommen, wo man die Sowjetsoldaten beerdigt hatte. Der nördliche Friedhofsbereich mit den dort bestatteten zivilen Zwangsarbeiter existiert zum größten Teil nicht mehr.

Initiativen fordern Planungsstopp

Wie lange die Grabungen noch dauern werden, lässt sich nicht eindeutig sagen. Zunächst war der Abschluss der Arbeiten vor Winteranbruch angepeilt worden, nun könnte es auch bis zum Frühjahr dauern. Wie genau die vorgesehene Gedenkstätte auf dem Osterholzer Friedhof aussehen soll, ist noch unklar. Dem Vernehmen nach soll sie auch an den sogenannten Vernichtungskrieg im Osten erinnern. Bei alledem betont der Senat das Einvernehmen mit russischen und ukrainischen Stellen. Die Generalkonsulate beider Staaten werden auf dem Laufenden gehalten. Wie berichtet, haben sich Studierende aus der Ukraine an den Grabungen beteiligt.

Weil der Senat das frühere Friedhofsareal dem französischen Transportkonzern Alstom für den Bau einer Bahnwerkstatt angeboten hat, ist das weitere Vorgehen umstritten. Die Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu sowie das Bremer Friedensforum fordern einen sofortigen Planungsstopp. Nach ihrer Auffassung handelt es sich bei dem Gelände um eine völkerrechtlich geschützte Kriegsgräberstätte. Wegen der Nähe zu einstigen Lagern für Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter halten Bürgerinitiative und Friedensforum die Einrichtung einer Gedenkstätte für angemessen. Unterstützt wird ihre Forderung von der Regierungspartei der Linken.

Nach Hinweisen von Friedensforum und Bürgerinitiative hatte der Senat sich zu Nachforschungen auf dem einstigen Friedhofsareal entschlossen, im August begannen die Grabungen. Uneins ist man sich über den Umfang der Grabungsfläche. Das Team um Landesarchäologin Halle konzentriert sich auf einen 3500 Quadratmeter großen Kernbereich, die Aktivisten fordern die Suche auf einer Fläche von 20.000 Quadratmetern. Für eine solche Ausweitung gibt es aus Expertensicht aber keine stichhaltigen Gründe, da keine Hinweise auf eine Nutzung des Gesamtareals als Friedhof vorliegen.

Die Bürgerinitiative lädt an diesem Donnerstag zu einer Veranstaltung über den aktuellen Stand der Klärschlammverbrennungsanlage und der Bahnwerkstatt ein. Der Infoabend beginnt um 18 Uhr im Bürgerhaus Oslebshausen.

„Ohne Zeitungen geht es nicht“

Vier Wochen lang arbeitet WK-Chefreporter Jürgen Hinrichs als Verkäufer im Kiosk in der Scharnhorststraße. Von dort schreibt er seine Geschichten. Sie erscheinen von Dienstag bis Sonnabend.

Christoph Weiss wohnt gleich um die Ecke, sein Haus steht an der Schwachhauser Heerstraße, auf einem Grundstück, das an der Scharnhorststraße endet. Am frühen Abend, es ist schon dunkel, fährt er



DIE KIOSK-KOLUMNE

mit dem Rad am Kiosk vor. Den Betreiber kennt er seit seiner Jugend, sie haben gemeinsam das Hermann-Böse-Gymnasium besucht. Anders als Robert Volk ist Weiss irgendwann in die weite Welt hinausgegan-

gen, nach Hongkong und Boston, um dort zu arbeiten. Jetzt lebt er aber schon lange wieder in Bremen - und kauft am Kiosk ab und an eine Zeitung oder lässt sie sich jeden Sonnabend von Volk in den Briefkasten stecken. „Ich bin ein Fetischist“, sagt der 56-Jährige, „ohne Zeitungen geht es nicht.“ Die aus Papier am besten, „es muss knistern“, am Morgen jedenfalls, beim Frühstück, abends liest er digital.

Weiss ist Unternehmer und führt das Dentaltechnik-Unternehmen Bego, das früher unter dem schönen Namen Bremer Goldschlägerei firmierte. Er war drei Jahre lang Präses der Handelskammer, auch mal Schaffer bei der Schaffermahlzeit, und hat damit die höchsten Weihen empfangen, die in der Bremer Wirtschaft vergeben werden. Mit 16, da war er mit dem Kiosk-Mann noch auf der Schule, ist er in die CDU eingetreten. Seit zweieinhalb Jahren sitzt er für seine Partei in der Bürgerschaft und ist Mitglied in den wichtigsten Ausschüssen. Seine Stimme hat Gewicht, auch vorher schon, als er dem Parlament noch nicht angehörte. Eine Zeit lang wurde Weiss als Spitzenkandidat der CDU gehandelt.

Der Abgeordnete kommt direkt aus der Fraktionssitzung. Sein Tacho zeigt 15 Kilometer an, so viel ist er an diesem Tag bereits mit dem Fahrrad unterwegs gewesen: „Das mache ich gerne, immer schon.“ Weiss will

etwas über seinen alten Schulkameraden sagen, das ist ihm wichtig: „Mir imponieren sein Fleiß und die hohe Akzeptanz, die er in der Nachbarschaft hat. Wenn meine beiden Kinder aus dem Ausland zu Besuch kommen, schauen sie regelmäßig bei Robert vorbei.“

In der Fraktion stand mal wieder das Thema Innenstadt auf der Tagesordnung, erzählt der CDU-Mann: „Das Kernproblem ist, dass der Senat gute Absichten hat, aber keine Ergebnisse liefert.“ In Bremen fehle der Mut zur Größe. Weiss meint das ganz ge-

nerell, aber auch sehr konkret: „Die Türme von Daniel Libeskind auf dem ehemaligen Sparkassengelände am Brill - das wäre doch was gewesen.“ Für solche Ansätze müssten die handelnden Personen einfach mal ihre Egos herunterfahren, „so wie wir das bei der Fusion der Handelskammer mit der IHK Bremerhaven gemacht haben.“

Weiss schwingt sich aufs Rad und fährt davon, ein Mann, der in die Dunkelheit verschwindet. Robert und seine Aushilfe machen sich ein Bier auf, Feierabend, das haben die beiden sich verdient.



FOTO: JÜRGEN HINRICHS

Christoph Weiss vor dem Kiosk in der Scharnhorststraße.

Impf-Abfrage an Schulen und Kitas

Behörde schreibt Beschäftigte an

VON SARA SUNDERMANN

Bremen. Die Bildungsbehörde hat ihre Beschäftigten an Schulen in der Stadt nach ihrem Impfstatus gefragt. Die rund 7000 Beschäftigten sollten Nachweise ihrer Impfung oder Genesung beifügen und bis 5. November antworten. Die Bildungsssenatorin beruft sich dabei auf das zuletzt vom Bund geschaffene Recht, dass Arbeitgeber in sensiblen Bereichen wie Schulen, Heimen oder Gefängnissen den Impfstatus abfragen dürfen. Der Senat hatte im Oktober beschlossen, von dieser Option Gebrauch zu machen.

Ergebnisse liegen noch nicht vor

Belastbare Daten zum Impfstatus seien „eine wesentliche Voraussetzung zur Anpassung des Pandemiemanagements“, heißt es in dem Behördenbrief. Datenschutzbeauftragte wurden einbezogen, die Befragten können Widerspruch gegen die Verarbeitung ihrer Daten einreichen. „Wir haben mehrere Tausend Rückmeldungen aus den Schulen, die jetzt nach Datenschutzvorschriften erfasst werden“, sagt Behördensprecherin Maïke Wiedwald. Freie Schulträger und Privatschulen seien gebeten worden, die Abfrage ebenfalls an ihre Beschäftigten zu schicken.

Ergebnisse liegen laut Behörde derzeit noch nicht vor. Man gehe aber von einer sehr hohen Impfquote aus, so die Sprecherin. Laut einer Forsa-Umfrage waren Ende September bundesweit 95 Prozent der Lehrkräfte vollständig geimpft.

Grundsätzlich sei die Abfrage „in Ordnung“, sagt Jörn Lütjens, Vorsitzender des Personalrats Schulen. „Aber es ist nicht kommuniziert worden, wozu sie dient.“ Lütjens betont: „Wir wollen vermeiden, dass pädagogisches Personal einem Druck ausgesetzt wird, sich impfen zu lassen, der über die derzeitige Rechtslage hinausgeht.“

„Erst einmal geht es darum, Erkenntnisse über die Situation zu gewinnen“, sagt Maïke Wiedwald. Weitere Schritte müssten dann je nach Lage besprochen werden. Denkbar sei, dass möglicherweise die Teststrategie an Schulen angepasst werden müsse, zum Beispiel die Häufigkeit, mit der sich Ungeimpfte testen.

Befragung auch bei Kita Bremen

Bildungsssenatorin Sascha Aulepp (SPD) hatte sich zuvor für eine Impfpflicht für Beschäftigte in Schulen und Kitas ausgesprochen. Denkbar wäre, dass Bremen verstärkte Hygieneregeln für ungeimpfte Beschäftigte einführt. Bislang gilt, dass sich ungeimpfte Lehrkräfte mindestens zweimal pro Woche auf Corona testen müssen.

Eine Abfrage zum Impfstatus hat auch der städtische Eigenbetrieb Kita Bremen an seine rund 2000 Beschäftigten verschickt. Das bestätigt Geschäftsführer Wolfgang Bahlmann. Befragt wurden Erzieherinnen ebenso wie Küchen- und Reinigungskräfte. Die Beschäftigten sind um Antwort bis Freitag gebeten.

Gummibärchen mit Falschgeld bezahlt

Strafbefehle für zwei Angeklagte

VON RALF MICHEL

Bremen. Zweimal haben die Angeklagten mit Falschgeld Smartphones gekauft, in den anderen Fällen ging es ihnen um das Wechselgeld. In einem Kiosk zum Beispiel, wo sie eine Tüte Gummibärchen erstanden, oder im Lottoladen, wo sie mit einem gefälschten 50-Euro-Schein Tabak kauften. Insgesamt geht es um eine Summe von 1200 Euro. Die bracht die beiden, er Jahrgang 1983, sie 1993, jetzt vors Amtsgericht: angeklagt wegen Geldfälschung und Betrug.

Die Einkäufe mit dem Falschgeld liegen Jahre zurück. Zwischen Dezember 2016 und Mai 2017 sollen die beiden mehrfach mit den sprichwörtlichen falschen Fuffzigern bezahlt haben. Dass die beiden Falschgeld in Umlauf gebracht haben, steht vor Gericht außer Frage. Aber einer der vier geladenen Zeugen hat sich krank gemeldet, von einem anderen fehlt jedes Lebenszeichen. Auch deshalb wird es am Dienstag ein schneller Prozess. Letztlich reicht ein kurzes Rechtsgespräch zwischen Richtern, Verteidigern und der Staatsanwältin, um die Sache ohne großen Aufwand vom Tisch zu bekommen, zumindest vorläufig: Beide erhalten für „Inverkehrbringen von Falschgeld“ einen Strafbefehl. 100 Tagessätze für sie, 180 für ihn. Da beide arbeitslos sind zu je zehn Euro. Gezahlt werden können die 1000 beziehungsweise 1800 Euro Strafe in monatlichen Raten zu 30 Euro.

Gegen diesen Strafbefehl können sie Einspruch erheben. Dann landet der Fall erneut vor Gericht. Zahlen sie die Geldstrafe, ist der Fall erledigt.